

STATEMENT

## **Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht!**

**Wir stehen solidarisch an der Seite der feministischen Kräfte und den Protestierenden im Iran! Menschenrechte sind universell gültig – für alle, immer und überall!**

**Berlin, Oktober 2022. Die aktuellen Aufstände und ihre brutale Niederschlagung durch das Regime im Iran zeigen eindrücklich, wie Strukturen der Unterdrückung aufeinander aufbauen und Mehrfachdiskriminierte immer die ersten sind, die Gewalt erfahren. Anlässlich dieser Ausgangslage zeigt sich, weshalb Selbstbestimmung unsere höchste Priorität seien sollte, um ein Leben in Freiheit und Würde für alle Menschen zu sichern.**

*"Wir fürchten uns nicht, wir sind alle zusammen" oder "Jin, Jiyan, Azadi - Frau, Leben, Freiheit" - diese Parolen schallen seit knapp einem Monat durch die Straßen des Irans. Nach dem Mord an Mahsa Amini, oder Zhina Amini, durch Sicherheitskräfte gehen seit Mitte September Iraner\*innen im ganzen Land auf die Straße, anfangs, um Aufklärung zu fordern und nun um gegen das Regime als Ganzes zu protestieren. Zhina Amini, eine 22-jährige kurdische Frau, war Mitte September von der sogenannten Sitten- und Religionspolizei wegen eines vermeintlich "unislamischen" Outfits, einer verrutschten Kopfbedeckung, festgenommen worden und wurde in Polizeigewahrsam geschlagen. Auf dem Revier sei sie laut Zeugenpersonen weiter misshandelt worden. Sie erlag ihren Verletzungen. Lasst uns diese Tat als das benennen, was sie ist: ein Staatlicher Femizid.*

Im ganzen Iran protestieren in den letzten Wochen unter Lebensgefahr immer mehr Menschen gegen das unterdrückerische Regime der Islamischen Republik, das seit 43 Jahren mit brutalsten Methoden gegen die eigene Bevölkerung, allen voran Frauen, Minderheiten wie Kurd\*innen und jegliche Widerständige vorgeht. Die Menschenrechtsorganisation *Iran Human Rights* mit Sitz in Oslo vermutet am 12. Oktober 2022, dass mindestens bereits 201 Menschen, darunter 23 Kinder, von Staatskräften bei den Protesten getötet wurden<sup>1</sup>. Im ganzen Land haben sich Menschen jeden Alters und aus allen gesellschaftlichen Schichten den Protesten angeschlossen, die von Frauen angeführt werden. Wir sind in Ehrfurcht vor ihrem Mut und ihrer Kraft!

## **Selbstbestimmung ist unser höchstes Gut**

Lasst uns diesen Exkurs einordnen. Es geht hier nicht ausschließlich um das Recht, kein Hijab zu tragen. Es geht hier um die Freiheit des Seins - das Recht, über uns und unsere

---

<sup>1</sup> Iran Human Rights Live Ticker; <https://iranhr.net/en/live/>

eigenen Körper zu bestimmen. Es geht darum, gegen Mehrfachdiskriminierung aufzustehen und unser Recht auf ein selbstbestimmtes Leben durchzusetzen. Die gesetzliche Zwangsverschleierung im Iran muss als das gesehen werden, was es ist: ein totalitäres Werkzeug der Unterdrückung von Frauen und Mädchen. Nach der Revolution wurde die Zwangsverschleierung ausgerufen und Frauen waren, so Mina Khani "die erste soziale Gruppe, deren Grundrecht direkt nach der Revolution in Frage gestellt wurde<sup>2</sup>."

Zeitgleich müssen wir Mehrfachdiskriminierungen und ihre Konsequenzen intersektional betrachten. Nehme man den Fall von Zhina Amini: ihren Tod einzig als Auswuchs eines zutiefst patriarchalen und sexistischen Systems darzustellen, ergibt kein volles Bild. Zhina Amini wurde ermordet, nicht nur, weil sie eine Frau war. Sie ist auch Mitglied einer Minderheit, nämlich die der Kurd\*innen. Die islamische Herrschaft des Unterdrückungsregimes der Mullahs hat sich auf ethnischen, religiösen und politischen Spaltungen aufgebaut und in diesem Prozess unterdrückte Minderheiten wie beispielsweise Kurd\*innen oder Bahais weiter stigmatisiert und kriminalisiert. Die Revolution 1979 machte aus einer autokratischen Monarchie einen klerikalen und faschistischen Staat unter der Kontrolle des aus Frankreich zurückgekehrten Ayatollah Khomeini und verschärfte die Repression. Eine der ersten Amtshandlungen Khomeini's bestand darin, sämtliche kurdische Parteien zu verbieten und den kurdischen Kampf zur antiislamischen Verschwörung zu erklären. Kurd\*innen wird im iranischen Staat nicht einmal erlaubt, ihren Kindern kurdische oder kurdisch klingende Namen zu geben.

Auch bei den Protesten im Iran wurde mit härtester Gewalt gegen alle Iraner\*innen vorgegangen, aber besonders auch gegen ethnische Minderheiten des Landes wie Kurd\*innen bei Demonstrationen in den besetzten kurdischen Gebieten. Seit Jahrzehnten führt das iranische Regime Militäraktionen und Bombardements in kurdischen Gebieten – auch außerhalb des iranischen Territoriums – durch, wie zuletzt Ende September in autonomen kurdischen Gebieten im Nachbarland Irak. Diese dauerhafte und systemische Unterdrückung der kurdischen Minderheit im Iran lässt somit vermuten, dass Zhina Aminis kurdische Identität mit dazu beigetragen hat, dass sie die Repressionen des Staates so hart getroffen hat. Zhina Amini wurde also nicht nur Opfer einer barbarischen Herrschaft des iranischen Regimes gegenüber Frauen, sondern auch der repressiven Herrschaft gegenüber Minderheiten. Seit 43 Jahren unterdrückt das herrschende Regime ethnische Minderheiten in diversen Provinzen des Irans.

Somit zeigt uns auch der intersektionelle Blick: ob eine Frau ein Kopftuch trägt oder nicht - darum sollte es nicht gehen. Im iranischen Kontext ist es jedoch so, denn der obligatorische Hijab ist nicht die Kultur der iranischen Bevölkerung oder der iranischen Frauen, sondern die Kultur der Islamischen Republik. Damit ist er das wichtigste Symbol

---

<sup>2</sup> Mina Khani auf Twitter, 23.09.2022, <https://twitter.com/khani2mina/status/1573265204820967428>

der religiösen Diktatur, welche den Körper der Frauen als eine politische Plattform sieht, auf die sie ihre Ideologie schreiben. Doch den Vorwurf der staatlichen Kontrolle über weibliche Körper in den Iran outzusourcen ist verkürzt. Natürlich sind im Iran oder in Afghanistan, wo die Kopftuchpflicht vom Staat vorgeschrieben ist, die Entscheidungen von Frauen nicht frei. Der Staat entscheidet über ihre Körper, ihre Freiheit, schränkt ihre Selbstbestimmung ein. Denn es geht bei diesen Protesten nicht nur um die Kopftuchpflicht – es geht um mindestens 43 Jahre der systemischen Unterdrückung eines Systems, dass die Rechte politischer Gegner\*innen, Frauen, ethnischer und religiöser Minderheiten beschneidet.

Aber während Frauen im Iran um ihr Recht auf Selbstbestimmung - ob, wann und wie sie sich frei ausleben dürfen - kämpfen, werden weltweit seit Jahrzehnten erhitzte Debatten über das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung aller Geschlechter auf gesellschaftlicher wie auf politischer Ebene geführt. Dass das Selbstbestimmungsrecht von Frauen weltweit eingeschränkt wird und wir diese Kämpfe global führen müssen, das zeigen uns die Einschränkungen von Schwangerschaftsabbrüchen in den USA, Polen oder auch hier in Deutschland. Zu denken, der Kampf für Emanzipation und Selbstbestimmung sei ein Phänomen des Globalen Südens - das ist fehlgeleitet.

**Ob Kopftuchzwang oder Kopftuchverbot, die Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen oder die Instrumentalisierung dieser Debatten von rechts – sie alle beschneiden das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Kein Staat dieser Welt sollte sich einmischen, mitreden oder mitentscheiden dürfen, wie ein Mensch, vor allem eine Frau, sich kleiden möchte.**

Während konservative und religiöse Kräfte weltweit an Macht gewinnen, sind die Rechte für Frauen und Mitglieder der LGBTQIA+ Community, insbesondere jene, die Mehrfachdiskriminierung erfahren, die ersten, die zurückgenommen werden. Daher müssen wir wachsam sein, unsere Kämpfe gemeinsam führen und diese antirassistisch denken und organisieren, denn **"Ich bin nicht frei, solange eine andere Frau unfrei ist, auch wenn ihre Fesseln ganz anders sind als meine eigenen"** (Audre Lorde).

## **Solidarität bedarf aktive und konsequente Maßnahmen**

Deutschlands Außenpolitik ist laut der Bundesregierung auf dem Fundament der Menschenrechtsverteidigung aufgebaut und feministisch - mit diesem Versprechen ist Annalena Baerbock angetreten. Laut dem Auswärtigem Amt beinhaltet dies, Geschlechtergerechtigkeit als „Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Welt“ anzuerkennen. Und doch wird die deutsche Außenpolitik in Bezug auf die Entwicklung der jetzigen Situation im Iran ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht. **Wir**

**fragen uns: wie genau soll diese feministische Außenpolitik aussehen? Für wen steht sie ein, und für wen eben nicht?**

Die Außenministerin twittert "wenn Frauen nicht sicher sind, ist keine Gesellschaft auf der Welt sicher" und der Bundeskanzler sagt vor den Vereinten Nationen: "Und zugleich stehen wir in der Pflicht, die Menschenrechte überall und zu jeder Zeit zu achten und zu verteidigen". Diesen Ansatz der Bundesregierung und der Opposition begrüßen wir – und wir fordern, dass dieser Ansatz in allen politischen Maßnahmen umgesetzt und mitgedacht wird. Das beinhaltet aber auch, deutsche Verhandlungen mit Ländern, die uns mit fossiler Energie beliefern sollen, in Anbetracht ihrer jeweiligen Menschenrechtslage einzuschätzen. Wir können die universell geltenden Menschenrechte nicht vergessen, um Deutschlands Versorgung mit fossiler Energie sicherzustellen – egal wo, egal wann. **Doch Menschenrechte, und die Verteidigung dieser, dürfen nicht selektiv im Auge realpolitischer Abhängigkeiten verteilt oder aberkannt werden.** Erst vor wenigen Wochen wurde in Saudi-Arabien die Studentin Salma al-Shehab zu 34 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie Tweets von Aktivist\*innen und Frauenrechtler\*innen geteilt hatte. **Wie kann diese Bundesregierung Menschenrechte an einem Ort verteidigen, wenn man es anderswo nicht tut?**

Annalena Baerbock hat den iranischen Botschafter in Berlin einbestellt und anscheinend hat die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit weiteren europäischen Staaten Vorschläge gesammelt, um Sanktionen gegen das iranische Regime zu verschärfen. Die Ansätze begrüßen wir sehr - allerdings können diese Maßnahmen frühestens beim Treffen der EU-Außenminister\*innen am 16. Oktober beschlossen werden - das ist viel zu spät! Tagtäglich werden im Iran zurzeit Menschen vom Regime ermordet. Die Bundesregierung muss jetzt handeln! Zeitgleich haben Sanktionen zwar eine symbolische Kraft, aber wir wissen aus politischer Erfahrung, dass diese allem das iranische Volk treffen werden, nicht jedoch die Machteliten des Landes. Deutschland wäre als wichtigster europäischer Handelspartner des Iran in der Lage, politischen Druck aufzubauen. Und doch ist die deutsche Außenpolitik gegenüber Iran oder anderen Diktaturen zu oft von kurzfristigen politischen Erwägungen geleitet oder von wirtschaftlichen Interessen geprägt. Es kann nicht sein, dass sich die deutsche Außenpolitik sich mit dem Iran nur mit den Atomverhandlungen beschäftigt. Mit iranischen Delegationen an einem Tisch zu sitzen, ohne zu erwähnen, wie die Menschenrechtslage dort ist: das ist fehlgeleitete Politik und trägt zur Aufrechterhaltung ungleicher Machtverhältnisse bei. Welche Konsequenzen solch eine Haltung haben kann, sehen wir derzeit an ganz anderer Stelle - ausgetragen auf dem Rücken der ukrainischen und russischen Zivilbevölkerung.

## **Wir fordern, die feministischen & demokratischen Bewegungen im Iran sofort mit konkreten politischen Schritten zu unterstützen!**

### **In Deutschland fordern wir die Bundesregierung auf:**

1. Wir fordern, dass die deutsche Außenpolitik sich nicht nur als feministisch bezeichnet, sondern auch feministisch handelt.
2. Wir fordern, dass die deutsche Bundesregierung den Mord an Zhina Amini als den Femizid benennt, der er war.
3. Im gleichen Zuge fordern wir die Bundesregierung auf, ihre wirtschaftlichen und realpolitischen Interessen hintenanzustellen und die anhaltenden staatlich durchgeführten Femizide aufs Schärfste zu verurteilen. Dazu gehört u.a. die beiden LGBTQIA+ Aktivist\*innen Sareh (Zahra) Sedighi und Elham Choobdar, die sich für die Rechte der LGBTQIA+ Gemeinde im Iran einsetzen, zu schützen. Beide kämpferischen Aktivist\*innen wurden Anfang September zum Tode verurteilt – wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die Freilassung von Sareh und Elham als Bedingung ihrer Verhandlungen mit dem Iran mitaufzugreifen.
4. Wir fordern Sanktionen, welche die politische Elite, das Regime und die Verantwortlichen treffen, wie beispielsweise die sogenannten Revolutionsgarden und die Sittenpolizei, und nicht, wie bisher, die Bevölkerung.
5. Zudem fordern wir einen unbürokratischen Zugang zum Asylrecht, erleichterte Einreisebestimmungen und einen besseren Zugang zu Aufenthaltstiteln für Iraner\*innen in Deutschland – insbesondere Personen, die Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind wie Kurd\*innen, Bahais und andere ethnische Minderheiten Irans, Mitglieder der LGBTQIA+ Gemeinschaft und politisch Verfolgte – sie verdienen unsere bedingungslose Unterstützung.
6. Wir fordern einen sofortigen einheitlichen Abschiebestopp für den Iran auf Bundesebene, wie von der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration gefordert. Zudem fordern wir eine langfristige Neubewertung der Lage durch die deutschen Behörden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Initiative der Bundesländer wie beispielsweise Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen, Menschen nicht mehr in den Iran abzuschicken.
7. Wir fordern bessere Schutzmaßnahmen für Exil-Iraner\*innen und Mitglieder der iranischen Diaspora, insbesondere Personen, die Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind, und dass ihre Expertise in die politischen Prozesse im Umgang mit dem Iran miteinbezogen werden.
8. Wir fordern einen Stopp der Atomverhandlungen mit dem Iran – Sanktionen zu fordern aber Gespräche über ein Atomabkommen wieder aufzunehmen ist ein außenpolitischer Widerspruch, der einem menschenrechtsverachtenden Regime Legitimation verleiht.

9. Wir fordern ein härtes Vorgehen der Bundesregierung gegen die politische Propaganda und das ideologisch-fundamentalistische Gedankengut, welches durch vom Regime gesteuerte proiranische Einrichtungen in Deutschland verbreitet wird. Dessen Inhalte stehen im Gegensatz zu den wesentlichen Prinzipien unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.
10. Zuallerletzt fordern wir nicht nur die aktuelle Bundesregierung, sondern ALLE demokratischen Parteien auf, sich langfristig und mit aktiven politischen Maßnahmen mit den feministischen und demokratischen Bewegungen in ALLEN Ländern der Welt zu solidarisieren, und ihre Kämpfe nicht als Kalkül für ihre eigenen politischen Vorstellungen zu instrumentalisieren.

#### **Auf internationaler und völkerrechtlicher Ebene fordern wir:**

1. Wir fordern einen unabhängigen UN-Mechanismus, um die Menschenrechtsverletzungen im Iran zu untersuchen, zu dokumentieren und die Verantwortlichen zur Verantwortung zu bringen.
2. Wir fordern den UN-Menschenrechtsrat auf, das gewaltsame Vorgehen der iranischen Regierung gegen die Demonstrierenden zu verurteilen und sie für die Unterdrückung und den Mord an Demonstrierenden zur Verantwortung zu ziehen.
3. Sowohl auf EU als auch UN-Ebene fordern wir die Bundesregierung und die Außenministerin dazu auf, sich mit allen Möglichkeiten und Mitteln für die Einrichtung eines unabhängigen UN-Mechanismus zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen einzusetzen.
4. Wir fordern eine Einberufung eines Sonderrates der Europäischen Union zur jetzigen Lage im Iran.
5. Wir fordern internationale Menschenrechtsorganisationen auf, zu den Ereignissen im Iran Stellung zu beziehen, auf die Freilassung aller inhaftierten Demonstrant\*innen zu drängen und von den iranischen Behörden zu verlangen, dass sie für ihre Sicherheit und Gesundheit in der Haft sorgen.
6. Wir fordern ALLE feministischen Gruppen und Organisationen auf, die Rechte iranischer Demonstrierender und ihre Forderungen durch Proteste, friedliche Versammlungen, Statements und jegliche weiteren Formen der Solidarität zu unterstützen.

**Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, nicht weiterhin nur Entrüstung zu kommunizieren, sondern echten politischen Druck zu machen, sich für die Rechte der Betroffenen einzusetzen und nicht stillschweigend zuzusehen. Wir fordern Taten, nicht nur leere Worte.**

Wenn sich diese Bundesregierung eine feministische Außenpolitik auf die Fahne schreibt, dann gilt es, dieses Konzept in die Praxis umzusetzen. Deutschland sollte sich

unmissverständlich an die Seite der Frauen und der demokratischen Opposition im Iran stellen, statt an unbeirrter Beschwichtigungspolitik festzuhalten. Denn wenn die feministischen und demokratischen Proteste im Iran kein Fall für eine feministische Außenpolitik sind – dann gibt es für uns keine feministische Außenpolitik.

## **Gegen den Doppelstandard eines westlichen und eurozentristischen Feminismus!**

Die systematische Unterdrückung der Frauen und Minderheiten, die ihre Freiheit beschränkt, ist für die Bevölkerung im Iran nicht „normal“ – sondern die Folge eines unterdrückerischen Regimes. Die patriarchale Gewalt im Iran geschieht seit Jahrzehnten. Sie ist nicht heimlich, sie ist nicht versteckt - sie ist offiziell, institutionell und das integrale Fundament des iranischen Herrschaftssystems. Der Widerstand der iranischen Bevölkerung zeigt, dass der Drang nach Freiheit nichts „Westliches“ ist. Wie es Gilda Sahebi so richtig sagt: „Die Frauen im Iran zeigen uns: Wir brauchen euch nicht, um zu verstehen, was Menschenrechte sind“.<sup>3</sup> Eine der weltweit größten Protestbewegungen der letzten Jahrzehnte geht vom Nahen Osten aus – Feminismus, Emanzipation und Selbstbestimmung sind keine „westlichen Werte“, sondern universell!

Wenn wir uns feministischer Außenpolitik verschreiben, dann müssen wir es auch intersektional, antirassistisch und zielgedacht tun. Dann müssen wir die patriarchale Gewalt jedes Unterdrückungssystems auch als jene benennen. Wir können nicht mit dem Finger nach Russland oder Ungarn zeigen und anti-LGBTQIA+ Gesetze verurteilen, während wir im Iran oder Saudi-Arabien weggucken. Die Debatte um feministische Außenpolitik und die Proteste im Iran darf nicht eurozentrisch und mit der ewig gleichen kolonialen Brille geführt werden. **Feministische Außenpolitik ist nur dann wirklich feministisch, wenn sie frei von kolonialen und eurozentristischen Narrativen gedacht wird.** Das bedeutet, dass hierbei eben nicht bloß *weiße*, privilegierte Frauen bedacht werden. People of Color, Menschen mit Behinderungen, trans\* Personen, queere Menschen müssen miteinbezogen werden.

Doch wenn migrantische, geflüchtete oder muslimische Frauen Thema in deutschen Feminismus Debatten sind, dann meist als Objekt, über das man spricht. Sie werden kaum eingeladen ihre Bedürfnisse, politischen Interessen und Feminismen selbst zu artikulieren. Doch wir müssen die Menschen mit einbinden und ihnen zuhören. Feministische Außenpolitik - das geht nur mit feministischem Handeln. **Was das bedeutet, das leben uns die Frauen im Iran gerade vor.**

---

<sup>3</sup> Gilda Sahebi am 12.10.2022: <https://heimatkunde.boell.de/de/2022/10/12/was-im-iran-geschieht-ist-feministische-weltgeschichte>

Auch hier ist eine rassismuskritische Brille unabdingbar. Denn die unterdrückte iranische Bevölkerung wird sich ihre Befreiung selbst erkämpfen - nicht Deutschland, nicht Annalena Baerbocks feministische Außenpolitik, nicht der so-genannte Westen. Wie die Mitbegründerin der postkolonialen Theorie Spivak es so passend sagte, wird das Narrativ vom vermeintlich fortschrittlichen Westen und den „unzivilisierten“ Anderen auch immer über Geschlecht verhandelt. Doch die iranischen Frauen brauchen keine „weißen Männern, die braune Frauen vor braunen Männern retten“. Dass das nicht funktioniert, haben uns spätestens die grauensvollen Ereignisse in Afghanistan im letzten Sommer aufgewiesen.

Wir müssen die Menschen im Iran bei ihrer Befreiung unterstützen. Wir müssen Exiliraner\*innen in den jetzigen Protesten außerhalb des Irans unterstützen. Im Weg stehen sollten wir ihnen nicht, sondern wir sollten klar machen: das Recht auf Selbstbestimmung und Gleichstellungspolitik muss intersektional gedacht und umgesetzt werden, unter Einbezug möglichst vieler Perspektiven.

## **In Solidarität mit den kämpferischen Kräften im Iran!**

*Injustice anywhere is injustice everywhere*

Lasst uns also nicht auf die Situation im Iran schauen und sagen, dass dieser Protest neu ist. Denn seit der Revolution 1979 kämpfen Frauen und unterdrückte Minderheiten im Iran gegen das Herrschaftssystem. Seit über 30 Jahren stehen sie für ihre Selbstbestimmung ein - denn unsere Rechte sind ein Menschenrecht. Frauenrechte sind ein Menschenrecht. **Unsere Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht.** Und die Menschenrechte sind universell gültig – für alle, immer und überall!

Wir betrachten die aktuellen Entwicklungen im Iran mit Schock sowohl wie Ehrfurcht - Schock über eine erneute Situation, die den brutalen Umgang der iranischen Diktatur mit Frauen und Minderheiten ins Licht rückt. Ehrfurcht vor den starken, feministischen und fortschrittlichen Protesten und dem Mut der unterdrückten Menschen im Iran. Ihr Recht auf Selbstbestimmung ist ihr höchstes Gut<sup>4</sup>!

**Wir stehen in diesem historischen Moment feministischer Weltgeschichte solidarisch und geschlossen an der Seite der fortschrittlichen und feministischen Kräfte im Iran!**

*DaMigra e.V. ist die Interessenvertretung von Migrantinnenselbstorganisationen und ihren Belangen und setzt sich für Chancengerechtigkeit, gleichberechtigte Teilhabe und für die Gleichstellung von Frauen mit Migrationsgeschichte und Fluchterfahrung in Deutschland ein. DaMigra verfolgt den Ansatz des Antirassistischen Feminismus.*

---

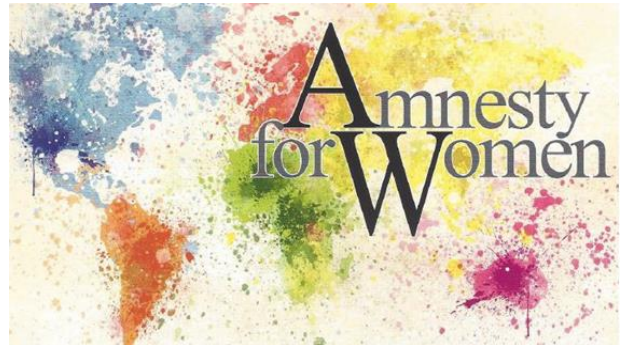
<sup>4</sup> Selbstbestimmung ist ein Herzensthema für DaMigra und der Inhalt unserer Jahreskonferenz 2022 unter dem Titel „Mein Körper gehört mir – von Kopf bis Fuß, ob in Minirock oder mit Kopftuch“. Mehr dazu [hier](#).



## Unterzeichner\*innen



Start with a Friend e.V.



Amnesty for Women e.V.

PARTO e.V.



Iranischer Frauenverein PARTO e.V. انجمن زنان ایرانی پرتو

Iranischer Frauenverein PARTO e.V.



BIWOC\* Rising



Frauen- und Mädchengesundheitszentrum  
**MEDEA e.V.**

Frauen – und Mädchengesundheitszentrum  
MEDEA e.V.



**LAFI**

Lateinamerikanische  
FrauenInitiative in Neukölln

Lateinamerikanische Fraueninitiative in Neukölln  
LAFI e.V.



MARION BÖKER  
Beratung für Menschenrechte & Genderfragen



Integrationslotsen Cloppenburg e.V.



EWA e.V. Frauenzentrum Berlin



Stadt der Frauen

Überparteiliche  
Fraueninitiative  
Berlin

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin –  
Stadt der Frauen e.V.



Decolonize Erfurt



SISTERS\* – Empowerment for Girls\* of Color!  
Stärkung der Selbstbestimmung und Partizipation von  
Mädchen\* und jungen Frauen\* mit  
Migrationshintergrund in Sachsen



زن zan

ZAN, Hilfsorganisation zur Förderung der Rechte afghanischer Frauen e.V.



IMBRADIVA e.V. – Brasilianische Fraueninitiative gegen Diskriminierung und Gewalt



Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V.



Decolonize Wuppertal



Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V.



Internationale Frauen Leipzig e.V.

Internationale Frauen Leipzig e.V.



Fachstelle Mädchen\*arbeit und Genderkompetenz  
der LAG Mädchen\* und junge Frauen\* in Sachsen e.V.